

Markus Bapst / Emanuel Waeber, Grossräte		P2009.07
Zustände am Kantonsspital Freiburg		GSD
		Mitunterzeichner: ---
Eingang SGR: 16.04.07	Weitergeleitet SK:19.04.07*	Erscheint TGR: Mai 2007

Begehren

Eingereicht am 22. März 2007.

Begründung

In der Nr. 26 vom 22.12.2006 der Zeitschrift „Beobachter“ werden unter dem Titel „Spitalaffäre – ich wurde viel zu spät operiert“, schwerwiegende Vorwürfe gegenüber den Verantwortlichen des Kantonsspitals erhoben. Es ist von „Katastrophe“, „Engpässe bei der Nutzung von Operationssälen“ und „ungenügende Behandlung von Patienten“ die Rede. Namentlich werden im Artikel die damalige Gesundheitsdirektorin und Verwaltungsratspräsidentin des Kantonsspitals und ehemalige Staatsrätin, Ruth Lüthi, sowie der damalige Direktor des Kantonsspitals, Hubert Schaller, heftig kritisiert. Es wird ihnen vor allem Untätigkeit in Zusammenhang mit den aufgeworfenen Problemen in der chirurgischen Abteilung des Spitals vorgeworfen.

Dieser Artikel des Beobachters und weitere Publikationen in der Tagespresse sowie Sendungen des DRS-Regionaljournals haben bei der deutschsprachigen Bevölkerung des Kantons hohe Beachtung gefunden.

Die Bevölkerung im deutschsprachigen Teil des Kantons hat darauf beunruhigt und teilweise ungläubig reagiert. Es wurde heftig über die angeblichen Missstände diskutiert.

Die beiden Postulanten sind überzeugt, dass das Vertrauen in das Kantonsspital Freiburg angeschlagen ist und durch geeignete Massnahmen wieder hergestellt werden muss. Weiter sind die Postulanten auch der Ansicht, dass wo „Rauch auch meistens Feuer ist“, was bedeutet, dass tatsächlich diverse Probleme bestehen, ohne deren Tragweite bereits jetzt zu qualifizieren.

Es erstaunt aber zumindest, dass direkt im Anschluss an den ersten Presseartikel eine klare Reaktion seitens des Staatsrates ausgeblieben ist. Insbesondere ist unverständlich, dass die damalige Gesundheitsdirektion nicht klar und unmissverständlich öffentlich kommuniziert hat, wie sie zu den Vorwürfen steht und was eigentlich vorgefallen ist. Die simple Aussage, es seien alle notwendigen Massnahmen getroffen worden, um die Versorgung sicherzustellen (R. Lüthi) ist in diesem Zusammenhang ungenügend und lässt viele Fragen ungeklärt.

Der neue Verwaltungsrat des Spitalnetzes hat eine Untersuchung eingeleitet und damit einen externen Experten, den Berner Alt-Regierungsrat Mario Annoni

* Beginn der Frist für die Antwort des Staatsrats (5 Monate).

beauftragt. Dieser Schritt ist zu begrüßen und wird zur Aufarbeitung der „Affäre“ beitragen.

Damit das Vertrauen in das Kantonsspital Freiburg wieder hergestellt werden kann, müssen der Bevölkerung die Untersuchungsergebnisse klar kommuniziert werden und die erforderlichen Massnahmen eingeleitet werden.

Der Untersuchungsbericht des externen Experten ist daher vollumfänglich zu veröffentlichen und allfällige Massnahmen müssen schnell umgesetzt werden.

Das Parlament entscheidet letztlich über die Bereitstellung der erforderlichen Mittel und muss deshalb den Bericht und die daraus von der Regierung abzuleitenden Schlüsse und allenfalls Massnahmen diskutieren können. Eine öffentlich geführte Diskussion wird zur Vertrauensbildung beitragen.

* * *